

## Vortrag an den Ministerrat

### **EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 16. März 2026; Bericht**

Am 16. März 2026 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine, die Lage im Nahen Osten sowie die südliche Nachbarschaft der Europäischen Union (EU). Im eingeschränkten Format fanden Diskussionen zur geplanten Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) sowie zur strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Indien statt.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Kaja Kallas ersuchte einleitend um rege Teilnahme der EU-Mitgliedstaaten am Treffen der Ministerinnen und Minister der EU und des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) am 27. und 28. April 2026 in Brunei. Zudem hob sie unter den ohne Aussprache angenommenen Punkten folgende hervor: neun Listungen unter dem Sanktionsregime betreffend die territoriale Unversehrtheit der Ukraine im Zusammenhang mit den Gräueltaten in Butscha; vier neue Listungen unter dem Sanktionsregime betreffend Russlands destabilisierende Aktivitäten; fünf neue Listungen unter dem Cyber-Sanktionsregime; 19 neue Listungen betreffend Menschenrechte im Iran; sowie die Annahme von Ratsschlussfolgerungen zu hybriden Bedrohungen.

Im Rahmen der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verwies der ukrainische Außenminister Andrii Sybiha der zu Beginn zugeschaltet war, auf die globalen Auswirkungen der Entwicklungen im Nahen Osten. Elf Staaten aus der Golfregion hätten sich mit der Bitte um Unterstützung bei der Drohnenabwehr an die Ukraine gewandt. Die Ukraine leiste praktische Hilfe gegen die Bedrohung durch den Iran. Es sei dennoch wichtig, den Fokus auf den russischen Angriffskrieg nicht zu verlieren; ein gerechter und dauerhafter Frieden bleibe Priorität. Die ukrainische Verteidigung halte stand und die Ukraine bekenne sich weiterhin zum Friedensprozess, doch sei nun ein Dialog auf Präsidentenebene erforderlich. Eine Verknüpfung des EU-Unterstützungsdarlehens mit

der beschädigten Druschba-Pipeline sei inakzeptabel. Zudem bekenne sich die Ukraine weiterhin zu einem leistungsorientierten EU-Erweiterungsprozess und strebe an, alle für einen EU-Beitritt notwendigen Reformen bis Ende 2027 abzuschließen.

HV/VP Kallas verwies auf den Zusammenhang zwischen dem Nahen Osten und der Sicherheit der Ukraine und Europas. Es müssen Synergien bei der Verteidigung zwischen der Ukraine und den Golfstaaten identifiziert werden, wobei die EU eine vermittelnde Rolle einnehmen könne. Steigende Energiepreise und Sanktionslockerungen seitens der USA kämen Russland zugute, weshalb die EU entschlossen gegensteuern müsse. HV/VP Kallas kündigte an, bis zum nächsten RAB weitere Vorschläge für Sanktionen gegen die Schattenflotte und den russischen Rüstungskomplex vorzulegen. Zudem seien die Aufhebung der Blockade des Unterstützungsdarlehens sowie zusätzliche bilaterale Hilfe notwendig. Neben den drei bekannten Säulen allfälliger EU-Sicherheitsgarantien werde an weiteren Vorschlägen gearbeitet. Zur Abwehr der hybriden russischen Bedrohungen seien Fortschritte erzielt worden, allerdings seien weitere Maßnahmen erforderlich.

Kommissarin (KM) für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik Marta Kos unterstrich die Notwendigkeit weiterer Unterstützung für die Ukraine. Die technische Arbeit im EU-Erweiterungsprozess gehe weiter; angesichts der Umstände sei jedoch auch eine Modernisierung der Methodologie zu prüfen. Zahlreiche Mitgliedstaaten betonten, dass die Entwicklungen im Nahen Osten den Fokus auf die Unterstützung der Ukraine nicht schmälern dürften. Zugleich wurde von mehreren Seiten die Blockade des Unterstützungsdarlehens sowie des 20. Sanktionspakets durch einen Mitgliedstaat kritisiert. Darüber hinaus äußerten sich mehrere Mitgliedstaaten zur möglichen Rolle der EU in Friedensbemühungen sowie zu den geopolitischen Aspekten der Erweiterung.

Ich betonte, dass Russland nicht vom Krieg im Iran profitieren dürfe. Russland habe gerade begonnen, die Sanktionen zu spüren, weshalb der Druck nun erhöht und nicht gelockert werden müsse. Zum 20. Sanktionspaket und dem Unterstützungsdarlehen stimmte ich der Kritik an der Blockade durch einen Mitgliedstaat zu und wies darauf hin, dass die Wahlkampagne der Regierung dieses Mitgliedstaates nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen die EU geführt werde. Zugleich dankte ich einem weiteren Mitgliedstaat für seine konstruktive Haltung betreffend Öllieferungen. Dies zeige, dass es Alternativen und Möglichkeiten zur Diversifizierung gebe. Angesichts der derzeit anderweitigen Prioritäten der USA müsse die EU mehr Verantwortung übernehmen und selbst die Initiative ergreifen. In diesem Zusammenhang sollte die EU auch internationale Organisationen und Partner – wie etwa Indien – proaktiv einbinden. Die EU-Erweiterung bleibe eine wichtige geostrategische Entscheidung. Der leistungsorientierte Prozess sollte beibehalten werden; zugleich gehe es darum, die Rolle der EU als globaler Akteur zu

stärken. Dafür brauche es Kreativität und die Nutzung vorhandener Instrumente wie etwa der graduellen Integration.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten informierte HV/VP Kallas, dass der Iran seine Angriffe fortsetze und regional ausweite, um die globalen Kosten zu erhöhen. Der Libanon sei inzwischen in den Krieg hineingezogen worden. Oberste Priorität bleiben die Sicherheit der EU und der Schutz von EU-Bürgerinnen und -Bürgern. Der einzige Ausweg sei ein Ende der Kampfhandlungen durch Deeskalation, Zurückhaltung und einer Rückkehr zur Diplomatie. Hinsichtlich der Operation der EU der maritimen Sicherheit zur Wahrung der Freiheit der Schifffahrt im Zusammenhang mit der Krise im Roten Meer (EUNAVFOR ASPIDES) sehe HV/VP Kallas derzeit unter den Mitgliedstaaten keine Bereitschaft zur Mandatsausweitung. Gemeinsam mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres sei die Entwicklung eines Mechanismus für die Straße von Hormus angedacht, nach dem Vorbild der Schwarzmeer-Initiative für die ukrainischen Getreidetransporte. Israel verwende den Krieg im Iran als Vorwand, um humanitäre Hilfslieferungen nach Gaza einzuschränken. KM für das Mittelmeer Dubravka Šuica sorgte sich um die globalen Auswirkungen der regionalen Eskalation. Zwar sei die Energieversorgung in der EU gesichert, sie unterliege jedoch den Auswirkungen des globalen Preisanstiegs. Es gelte nun, die Zusammenarbeit mit den Golfpartnern zu stärken. KM für Gleichberechtigung, Krisenvorsorge und -management Hadja Lahbib ergänzte, dass der EU-Zivilschutzmechanismus (UPCM) von einem Großteil der Mitgliedstaaten aktiviert worden sei. Im Rahmen von 89 Repatriierungsflügen seien 11.000 EU-Bürgerinnen und -Bürger in Sicherheit gebracht worden.

Ich betonte, dass die EU an den Prinzipien des Völkerrechts sowie des humanitären Völkerrechts festhalten müsse. Auch wenn einige Akteure mit den vorgegebenen Zielen der US-amerikanischen und israelischen Militärintervention sympathisieren würden, sei es zweifelhaft, ob diese Ziele militärisch erreicht werden können. Diplomatische Anstrengungen seien daher umso notwendiger. In der anschließenden Diskussion verurteilten mehrere Mitgliedstaaten die inakzeptablen iranischen Angriffe auf die Staaten des Golf-Kooperationsrates (GKR), riefen zu diplomatischen Lösungen zur Beilegung der Kampfhandlungen auf und verwiesen auf die Notwendigkeit der Einhaltung des Völkerrechts.

Im Rahmen der Diskussion zur Südlichen Nachbarschaft der EU verwies HV/VP Kallas auf die Lancierung des Pakts für den Mittelmeerraum im November 2025 in Barcelona. Für das Treffen der EU-Staats- und -Regierungschefs mit den Partnern der Südlichen Nachbarschaft am 24. April 2026 in Zypern werde eine erste Anzahl an konkreten

Initiativen im Aktionsplan zur Implementierung des Pakts vorliegen. Zudem beabsichtige HV/VP Kallas, im November 2026 das erste regionale EU-Mittelmeerraum-Sicherheitsforum zu organisieren. KM Šuica betonte, dass die Glaubwürdigkeit des Pakts von seiner Implementierung abhängt. Die Zusammenarbeit zwischen der EU, der Südlichen Nachbarschaft und den Golfstaaten sei dabei von besonderem Mehrwert. Der Aktionsplan sei als „lebendes Dokument“ konzipiert, weshalb man auf eine enge Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten setze. Einige Mitgliedstaaten begrüßten den Pakt für den Mittelmeerraum sowie dessen Umsetzung durch den Aktionsplan und sprachen sich für angemessene Governance-Strukturen unter Wahrung der Ratskompetenzen bei der Implementierung aus.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. Mai 2026

Mag.<sup>a</sup> Beate Meisl-Reisinger, MES  
Bundesministerin